LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/8290**

29.02.2024

Kleine Anfrage 3408

der Abgeordneten Elisabeth Müller-Witt, Christina Kampmann und Alexander Baer SPD

Verzögerungen und Kostenexplosion bei der Sanierung des Düsseldorfer Polizeipräsidiums

Nach aktuellen Presseberichten wird die Sanierung des Düsseldorfer Polizeipräsidiums fünf Jahre länger dauern als ursprünglich geplant. Die Berichte berufen sich dabei auf eine Anfrage der dpa. Demnach sollte das denkmalgeschützte Gebäude aus dem Jahr 1928 ursprünglich bereits bis zum Jahr 2020 erweitert und saniert sein. Doch während die Erweiterung - ein Neubau - bereits 2020 fertig wurde, hat sich die Sanierung des Altbaus immer weiter verzögert.

Zu den Kosten, die bereits 2017 um 56 Millionen Euro nach oben korrigiert worden waren, wollte der BLB nach den Angaben aus dem Pressebericht keine neue Prognose wagen. Aus dem Altbau musste demnach asbesthaltiger Putz entfernt werden. Weil dabei Mauerwerk und Betonträger freigelegt worden seien, sei weiterer Sanierungsbedarf am Grundgerüst des Gebäudes zutage getreten. Eine wesentlich umfangreichere Betonsanierung als ursprünglich angenommen sei notwendig geworden. Zusätzlich hätten Materialknappheit, Kapazitätsmangel im Baugewerbe und die Inflation ihre Spuren an dem Zeit- und Kostenplan hinterlassen.

Zudem habe ein Jahr lang ein Vergabestreit die Baustelle lahmgelegt, bis die Klage eines unterlegenen Bewerbers um den Auftrag schließlich als unbegründet verworfen worden sei. Rhein-Hochwasser habe dann für gestiegenes Grundwasser gesorgt und den Bau der dazugehörigen Tiefgarage um Monate verzögert.

Zunächst sei der Abschluss der Sanierung um drei Jahre auf 2023 verschoben worden, doch dieser Termin sei nicht zu halten gewesen. Weil das Ersatzgebäude, in das die Polizei gezogen war - das ehemalige Landesinnenministerium - nicht mehr länger zur Verfügung gestanden habe, sei sie Ende 2023 in ein weiteres Ausweichquartier in Düsseldorf-Derendorf gezogen. Über den Kaufpreis sei Vertraulichkeit vereinbart worden, die Kosten für den Steuerzahler sind somit nicht bekannt. Inzwischen werde über eine langfristige Anmietung des Ersatzgebäudes in Derendorf durch die Polizei gesprochen.

Im Dezember 2012 seien 93,3 Millionen Euro für den Umbau bewilligt worden. Bereits 2017 seien die erwarteten Kosten jedoch auf 149,7 Millionen Euro geklettert. Damals sei der Anstieg unter anderem mit schärferen Hygieneanforderungen an die hauseigene Kantinenküche begründet worden.

Datum des Originals: 29.02.2024/Ausgegeben: 29.02.2024

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie verlief die bisherige Kostenentwicklung bei dem Projekt? (Wir bitten in diesem Zusammenhang um eine chronologische Auflistung mit jeweiliger Begründung für die eingetretenen Kostenveränderungen.)

2. In welchem Umfang wurde in der Planungsphase des Projektes eine gründliche Untersuchung der Bausubstanz des denkmalgeschützten Altbaus projektiert?

3. Welche neue Kostenabschätzung ergab sich nach der Untersuchung des Altbaus bzw. wurde eine neue Kostenabschätzung alternativ im laufenden Sanierungsbetrieb vorgenommen?

4. Wie flexibel wurden die Mietverträge für die Ersatzquartiere vor dem Hintergrund der nicht möglichen, punktgenauen Abschätzung der Nutzungsphase ausgestaltet?

5. Welche Planänderungen wurden im Laufe der Ausführungsphase noch eingepflegt bzw. auf wessen Anweisung erfolgten solche Planänderungen? (Wir bitten um eine chronologische Auflistung.)

Elisabeth Müller-Witt
Christina Kampmann
Alexander Baer